



# Baden-Württemberg


## MINISTERIUM FÜR VERKEHR

Ministerium für Verkehr  
Postfach 10 34 52 • 70029 Stuttgart

Per E-Mail an die Abteilungen 4  
der Regierungspräsidien  
Stuttgart  
Karlsruhe  
Freiburg  
Tübingen

Stuttgart 25.04.2019  
Name Mathias Jester  
Durchwahl +49 711 231-3637  
E-Mail Mathias.Jester@vm.bwl.de  
Aktenzeichen 2-3946.10/130  
(Bitte bei Antwort angeben!)

Landesstelle für Straßentechnik  
Abteilung 9 Regierungspräsidium Tübingen

 Einführung bzw. Anpassung der Verpflichtungserklärungen Mindestlohn bzw. Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowie der zugehörigen Besonderen Vertragsbedingungen

### Anlagen

133 E BW BVB zur Erfüllung der Tarif- und Mindestentgeltverpflichtungen 04-19

108 E BW Verpflichtungserklärung AEntG 04-19

133 E BW L BVB zur Erfüllung der Tarif- und Mindestentgeltverpflichtungen 04-19

107 E BW Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt 04-19

10021 E BW BVB zur Erfüllung der Tarif- und Mindestentgeltverpflichtungen 04-19

10020 E BW Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt 04-19

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten nach der DSGVO finden sich auf der Internetseite des Ministeriums für Verkehr unter „Service“ / „Datenschutz“. Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.

Dorotheenstr. 8 • 70173 Stuttgart (VVS: Charlottenplatz) • Behindertengerechte Parkplätze vorhanden  
Telefon 0711 231-5830 • Telefax 0711 231-5899 • [poststelle@vm.bwl.de](mailto:poststelle@vm.bwl.de) • [mail.de](mailto:mail.de)  
[www.vm.baden-wuerttemberg.de](http://www.vm.baden-wuerttemberg.de) • [www.service-bw.de](http://www.service-bw.de)

## **Allgemeines**

- (1) Mit dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue und Mindestlohngesetz - LTMG) sollen Wettbewerbsverzerrungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge unterbunden werden. Das Gebot der Wirtschaftlichkeit zwingt den öffentlichen Auftraggeber, den Zuschlag auf das wirtschaftlich günstigste Angebot zu erteilen. Erzielt dieses Angebot seine Position dadurch, dass das anbietende Unternehmen untertariflich entlohnte Beschäftigte einsetzt, führt dies zu einer Wettbewerbsverzerrung. Sie schadet Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Tariflöhne bezahlen. Das Gesetz schafft faire Voraussetzungen für alle Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben.

Mit dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz soll sichergestellt werden, dass öffentliche Aufträge des Landes Baden-Württemberg und der Kommunen sowie sonstiger öffentlicher Auftraggeber, die in Baden-Württemberg Aufträge vergeben, nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten bei der Ausführung des Auftrags ein Mindestentgelt bezahlen und sich tariftreu verhalten.

- (2) Die Unternehmen müssen sich bei Abgabe von Angeboten über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten Auftragswert von 20.000 Euro (ohne Umsatzsteuer),

- die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG)
- oder vom Mindestarbeitsbedingungengesetz (MiArbG) erfasst werden,
- oder den Verkehr betreffen

schriftlich verpflichten, dass sie sich tariftreu verhalten. Das gilt auch für Nach- und Verleihunternehmen.

- (3) Das LTMG findet auf Lieferleistungen keine Anwendung.

## **Anwendung in Baden-Württemberg**

- (4) Es sind für alle drei Handbücher (Handbuch für die Vergabe und Ausführung von freiberuflichen Leistungen/Bauleistungen/Lieferung und Dienstleistung im

Straßen- und Brückenbau – HVA F-StB/HVA B-StB/HVA L-StB) Vordrucke erarbeitet worden und bei der Landesstelle für Straßentechnik unter Einführungsschreiben und Vergabewesen/Vergabe- und Vertragswesen bei den jeweiligen Handbüchern hinterlegt.

- (5) Eine Umsetzung der Vordrucke im Vergabemanagement-System ist geplant.

### **Schlussbestimmungen**

- (6) Dieses Einführungsschreiben wird entsprechend der VwV Re-StB-BW vom 01.07.2008 in die Liste der Regelwerke der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg im Internet- und Intranetangebot der Abteilung Landesstelle für Straßentechnik beim Regierungspräsidium Tübingen im Sachgebiet 16 Bauvertragsrecht im Sachgebiet 16.2 Vergabe- und Vertragsunterlagen eingestellt.

gez. Uhlmann